

*Bleibt es bei*

**nur**

**rhetorischer**

***EU-Außenpolitik?***

*Fritz W. Peter*

Gliederung:

1. *Heiße Luft im Soufflé war vorher.  
Haben Berlin und Brüssel jetzt  
mehr zu bieten? (S. 3/4)*
  
2. *Der Koran als Bauanleitung für  
Nukleararsenale? (S. 5)*  
Anlage A  
*Charles Krauthammer (S. 6/7)*
  
3. *Dialog erfordert Bereitschaft  
auf beiden Seiten! (S. 8/9)*  
Anlage B  
*Presse-Meldung (S. 10)*
  
4. *Das konzeptionelle Versagen  
rotgrüner Außenpolitik! (S. 11/12)*  
Anlage B  
*Günther Nonnenmacher (S. 13-15)*
  
5. *Titelhinweise (S. 16)*

# 1. Heiße Luft im Soufflee war vorher.

## Haben Berlin und Brüssel jetzt mehr zu bieten?

Fritz W. Peter, 3.3.06

Iran, Hamas – markieren sie das Ende einer nur rhetorischen Außenpolitik aufseiten Europas? Wenn schon eine *Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik* schwierig bis fraglich bleibt, ist dann wenigstens eine *realistische* Außen- und Sicherheitspolitik, eine an harten Realitäten (siehe Iran...) ausgerichtete Politik möglich? Auch schon in den zurückliegenden drei bis vier Jahren rhetorischer Ersatzpolitik *wäre z.B.*

- > *mehr nötig gewesen* als versponnener **Multipolarismus**, wie er sich in der „Achsenpolitik“ oder z.B. in den China-Avancen (Schröders Wunsch eines Waffen-Deals), in „Pralinengipfeln“ (2003) oder Ansprüchen, als Sitzriese im UN- Sicherheitsrat zu fungieren, ausdrückte;
- > *mehr nötig gewesen* als Besserwisserei und **Belehrungen** – statt intensiver Diplomatie, für die z.B. Namen wie Genscher, Brand, Kohl weltweit in gutem Ruf standen – vor noch nicht ganz so langen Jahren;
- > *Weitblickenderes* als die **Re-Nationalisierung** der deutschen Politik wie bei Schröder – zum Schaden des politischen Integrationsprozesses Europas;
- > *mehr* als eine **Ankündigungspolitik**, wie sie auch auf EU-Ebene Einzug hielt: siehe die verstiegene Lissabon-Erklärung oder die Überdehnungsbereitschaft, Letzteres mit der Folge, dass der politische Prozess zum Erliegen kam.

Nach dem Berliner Regierungswechsel besteht die Chance zu mehr Realismus. Verspielte Chancen der Vergangenheit können damit nicht zurückgeholt werden, aber neue Chancen können genutzt werden. In der Auseinandersetzung mit dem *Iran* (die unausweichlich ist, weil ein Land, das von Fanatikern regiert wird und ohne eine demokratisch-stitutionelle Basis ist, keine nuklearen Drohpotenziale in die Hand bekommen darf) zeigen sich bisher keine Risse im transatlantischen Schulterschluss, was auch Russland und China die Mitwirkung am Versuch des Aufbaus einer *nicht-militärischen Drohkulisse* gestattete. **Wie wäre es wohl um die Glaubwürdigkeit der westlichen Verhandlungsposition – aus Sicht Teherans, Moskaus und Pekings – bestellt, wenn jetzt noch die „Achse“ existierte (und im Leerlauf rotierte), und jetzt noch Schröder und Rotgrün die Regierungsgeschäf-**

te in Berlin führten? *Friedenspolitik*, die mehr ist als hohle Rhetorik, erhält erst jetzt wieder eine Chance.

Vieles im Handeln der iranischen Führung weist Parallelen zum Politikkonzept Saddams in den siebziger Jahren auf. Beide Länder sitzen auf einem unvorstellbaren Reichtum an Energieressourcen, haben bzw. hatten aber nichts Eiligeres zu tun, als eine *sonstige* Energiequelle als High-Tech-Insellösung in ein ansonsten wenig entwickeltes Umfeld zu stellen. Die iranische Wirtschaft ist nicht einmal imstande, die Verarbeitung des selbst geförderten Rohöls in annähernd ausreichendem Maße vorzunehmen, um von Importen unabhängiger zu werden. Es bedürfte also einer gezielten und intensiven Kooperation mit dem Ausland, um in den vielfältigen Einzelbereichen des Entwicklungsbedarfs (in der Breite wie in der Spitze – was in der Nukleartechnologie dann allerdings auch Transparenz verlangt) Wirtschaft und Infrastruktur zu fördern. Das tatsächliche Verhalten der iranischen Führung deutet somit in eine andere Richtung. Vertrauensbildung könnte relativ leicht erfolgen, wird jedoch von Teheran nicht als Bedingung und Weg der Politik gesehen – wie auch Saddam das zwölfjährige Sanktionsregime jederzeit hätte beenden können, wenn er nur die Kontrollen, die er nach seinem verlorenen Golf-Krieg vertraglich akzeptiert hatte, hätte stattfinden lassen. –

Die Hamas hat in einer Protestwahl gegen eine in ihren Funktionen in der Autonomiebehörde völlig korrumpierte Fatah die Regierungsmehrheit gewonnen. So wird jetzt unter neuen Bedingungen versucht werden müssen, den Nahost-Konflikt zu kanalisieren. Hamas erklärt offen, in täglichen Bekundungen und auch in ihren Statuten, dass sie Israel als Gebilde vernichten will, und sie stellt alles infrage, was seit Oslo (93) erreicht und vereinbart worden war. Nur mit äußerst klarer Antwort kann Europa den gemäßigten Kräften in Palästina gegen Hamas und gegen Gewalt als Mittel der Politik Unterstützung geben. Henry Kissinger hat in einem Beitrag für die Washington Post (27.2.06) „*What’s Needed From Hamas*“ präzise erörtert, dass es auf eine intelligente, verständliche und prinzipienfeste Politik ankommen wird. Ist Europa dazu fähig? Auf zahlreiche Aspekte wird in den Texten der Titelliste (S.15) eingegangen. Unter dem Gesichtspunkt „Vermeidung von Wiederholungsfehlern“ möchte ich zusätzlich noch auf folgenden Beitrag hinweisen:

Peter, März 2006, *Wenn es an Diplomatie & Hintergrundanalyse fehlt*,  
[www.wadinet.de/news/dokus/112\\_fehlende-Diplomatie-im-Irak-Konflikt.pdf](http://www.wadinet.de/news/dokus/112_fehlende-Diplomatie-im-Irak-Konflikt.pdf)

## 2. Der Koran als Bauanleitung für Nukleararsenale?

Leser-Kommentar zum F. A. Z.-Artikel [FAZ.NET, Reuters/ddp/AFP] „*Hat Teheran schon bald die Bombe?*“, 19.1.06

*Fritz W. Peter, 19.1.06*

Die Dringlichkeit des Handelns wird in Ihrer Darstellung deutlich – dafür Dank an die Redaktion, dies umso mehr, da es ja unsäglich schwer ist, deutschem Publikum reinen Wein einzuschenken.

Noch deutlicher und schlüssiger nimmt allerdings Charles Krauthammer in seinem Kommentar, Washington Post, 18.1.06, Stellung.

Meine Sicht: Im sich jetzt absehbar immer schneller verschärfenden Iran-Konflikt wird Europa einer FRIEDLICHEN Lösung nur dann zuarbeiten, wenn es nüchtern und konsequent argumentiert – wie z. B. Charles Krauthammer – **und wenn Worte durch konkludentes Handeln gedeckt sind und damit glaubwürdig werden.**

Die zweijährige „Verhandlungsübung“ der EU-3, so Krauthammer, habe sich als vergeblich erwiesen: „*Wenn überhaupt, dann hat diese 2-jährige Unterbrechung dem Iran Zeit gegeben, seine Nuklearstätten zu verbunkern, neue Luftabwehr zu akquirieren und sein Programm heimlich voranzubringen.*“

Krauthammer dekliniert die Sanktions-Eventualitäten durch, dann das Szenarium einer bewaffneten Auseinandersetzung. Seine Prognose zur voraussichtlichen europäischen Reaktion: Einen realistischen Ausblick auf dies Szenarium werde ein „*eingesponnenes, alterndes, post-historisches Europa nicht einmal gedanklich wagen.*“ Es folgt der Schlusssatz, mit dem er Recht behalten könnte:

„*Which is why the Europeans had their heads in the sand for two years, and why they will spend the little time remaining -- before a group of apocalyptic madmen go nuclear -- putting their heads back in the sand.*“

**Meine Bewertung: Nach Schröder/Fischer, nach Rotgrün, besteht die Chance, dass Europa sich zu einer nicht nur rhetorischen Außenpolitik fähig zeigt und nicht, wie Krauthammer erwartet, den Kopf nur wieder in den Sand stecken wird.**

[Leser-Kommentar, FAZ.NET, 19.1.06]

[Nachfolgend: Krauthammer-Kommentar]

## Anlage A

In: The Washington Post, 18.1.06, A17

### **The Iran Charade, Part II**

By Charles Krauthammer

*"It was what made this E.U. Three approach so successful. They [Britain, France and Germany] stood together and they had one uniform position."*

– German Chancellor Angela Merkel, Jan. 13 –

Makes you want to weep. One day earlier, Britain, France and Germany admitted that their two years of talks to stop Iran's nuclear weapons program had collapsed. The Iranians had broken the seals on their nuclear facilities and were resuming activity in defiance of their pledges to the "E.U. Three." This negotiating exercise, designed as an alternative to the U.S. approach of imposing sanctions on Iran for its violations of the Non-Proliferation Treaty, **had proved entirely futile. If anything, the two-year hiatus gave Iran time to harden its nuclear facilities against bombardment, acquire new antiaircraft capacities and clandestinely advance its program.**

With all this, the chancellor of Germany declared the exercise a success because the allies stuck together! The last such success was Dunkirk. Lots of solidarity there, too.

Most dismaying was that this assessment came from a genuinely good friend, the new German chancellor, who, unlike her predecessor, Gerhard Schroeder (now a wholly owned Putin flunky working for Russia's state-run oil monopoly), actually wants to do something about terrorism and nuclear proliferation.

Ah, success. Instead of being years away from the point of no return for an Iranian bomb, as we were before we allowed Europe to divert anti-proliferation efforts into transparently useless talks, Iran is probably just months away. And now, of course, Iran is run by an even more radical government, led by a president who fervently believes in the imminence of the apocalypse.

Ah, success. Having delayed two years, we now have to deal with a set of fanatical Islamists who we know will not be deterred from pursuing nuclear weapons by any sanctions. Even if we could get real sanctions. Which we will not. **The remaining months before Iran goes nuclear are about to be frittered away in pursuit of this newest placebo.**

First, because Russia and China will threaten to veto any serious sanctions. The Chinese in particular have secured in Iran a source of oil and gas outside the American sphere to feed their growing economy and are quite happy geopolitically to support a rogue power that -- like North Korea -- threatens, distracts and diminishes the power of China's chief global rival, the United States.

Second, because the Europeans have no appetite for real sanctions either. A travel ban on Iranian leaders would be a joke; they don't travel anyway. A cutoff of investment and high-tech trade from Europe would be a minor irritant to a country of 70 million people with the second-largest oil reserves in the world and with oil at \$60 a barrel. North Korea tolerated 2 million dead from starvation to get its nuclear weapons. Iran will tolerate a shortage of flat-screen TVs.

The only sanctions that might conceivably have any effect would be a boycott of Iranian oil. No one is even talking about that, because no one can bear the thought of the oil shock that would follow, taking 4.2 million barrels a day off the market, from a total output of about 84 million barrels.

The threat works in reverse. It is the Iranians who have the world over a barrel. On Jan. 15, Iran's economy minister warned that Iran would retaliate for *any* sanctions by cutting its exports to "raise oil prices beyond levels the West expects." A full cutoff could bring \$100 oil and plunge the world into economic crisis.

Which is one of the reasons the Europeans are so mortified by the very thought of a military strike against Iran's nuclear facilities. The problem is not just that they are spread out and hardened, making them difficult to find and to damage sufficiently to seriously set back Iran's program.

The problem that mortifies the Europeans is what Iran might do *after* such an attack -- not just cut off its oil exports but shut down the Strait of Hormuz by firing missiles at tankers or scuttling its vessels to make the strait impassable. It would require an international armada led by the United States to break such a blockade.

Such consequences -- serious economic disruption and possible naval action -- are something a cocooned, aging, post-historic Europe cannot even contemplate. Which is why the Europeans have had their heads in the sand for two years. And why they will spend the little time remaining -- before a group of apocalyptic madmen go nuclear -- putting their heads back in the sand. And congratulating themselves on allied solidarity as they do so in unison.

<http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2006/01/17/AR2006011700893.html?referrer=emailarticle>

<http://www.miami.com/mld/miamiherald/news/opinion/13658598.htm>

### **3. Dialog erfordert Bereitschaft auf beiden Seiten!**

Mail v. 20.1.06, 22:36h, an zahlreiche Mitglieder des Bundestags, die in außen- und verteidigungspolitischen Funktionen tätig sind:

Sehr geehrte Herren,

es ist gut, wenn zum Ausdruck gebracht wird, dass Politik auch "harte Bandagen" anlegen kann und muss, wenn einige Mitspieler im internationalen Feld der Hafer sticht. Chirac besinnt sich leider etwas sehr spät auf die Notwendigkeit, dass Dialog ein zwar vorrangiges und stets wünschenswertes, aber kein Allheilmittel ist. Wieviel Schaden wurde durch die französischen Extratouren der vergangenen Jahre angerichtet, als er sich in der Pose des Friedensboten gefiel. Wie bei Schröder diente alles nur der *Selbstinszenierung*. **Dennoch kann nur begrüßt werden, dass der französische Präsident nun wieder die zwei Seiten der Macht – Bereitschaft zum Dialog, aber auch Bereitschaft zur Abkehr vom Dialog, wenn dieser vom Gegenüber ausgeschlagen wird – hervorkehrt.**

Ich bin übrigens überzeugt, dass Chirac und Villepin in ihren Sonder-touren *verhaltener gewesen wären, wenn der seinerzeitige deutsche Kanzler ihnen nicht durch seine realitätsferne Sonderwegsidee – mit multipolarem Traumziel – den Anstoß und die Chance dazu gegeben hätte; ebenso bin ich überzeugt, dass Putins Regie beim Demokratieabbau viel verhaltener (vorsichtiger) gewesen wäre, wenn der Berliner Regierungspraktikant nicht eine Politik ohne Gleichgewichtssinn und relationales Verständnis, ohne Maß und Wertebezug betrieben hätte [dabei stets mit der Gewissheit im Rücken, dass Multipolarismus als (euro-provinzielles) Traumziel seine rotgrünen Truppen gegen jede Vernunft jederzeit zur bedingungslosen Gefolgschaft veranlassen würde].*

Eine Ausgewogenheit der Begriffe verlangt auch, dass das Spektrum der politischen Instrumente nicht verengt und teilweise tabuisiert wird, weder außen- noch innenpolitisch (AKW...). Wenn über manche Dinge erst gar nicht gesprochen werden darf, so spiegelt dies nur die verkümmerte politische Phantasie in diesem Land; es dient jedenfalls nicht der erschöpfenden Behandlung der Problemstellungen. Insofern möchte ich mich mit dieser e-mail dafür bedanken, dass unsere Politik die Sprache wiederfindet.

Chirac taumelt zwar aufgrund überlebter politischer Visionen und taumelt dementsprechend in manchen seiner Entscheidungen der letzten Jahre und in seinen Worten in Bezug auf das Nuklearpotenzial (wo er den Ball besser flach gehalten hätte), aber der Impuls, den er mit seinem neuerlichen „Grande-Nation-Gerede“ zum Ausdruck bringt, dass Politik ohne Entschiedenheit beliebig und verächtlich wird, ist kraftvoll und gut und sollte in dieser Allgemeinheit – wie Sie es ja getan haben – billigende Unterstützung finden.

Dies gilt freilich auch für die Behandlung der Konflikte in Nahost sowie mit dem Iran. Oft nur „pflichtgemäß“ wirkende europäische Friedensappelle einerseits und ein steter europäischer Geldsegen (was Nahost betrifft) andererseits waren die bisherige zynische Devise. Im Fall Iran kommt die Bewährungsprobe erst noch, dass Europäer außer Rhetorik auch noch ein Minimum an Entschlossenheit und Geschlossenheit bieten können – oder sagen wir mit gebührender Vorsicht: außer Rhetorik auch konsistentes politisches Handeln. Das Wort „konsistent“ entnehme ich einschlägigen Willenserklärungen der Europäer, z.B. in der „Europäischen Sicherheitsstrategie“.\*)

Mit freundlichen Grüßen

[Fritz W. Peter]

\*) Ausführungen hierzu in anderem Kontext auch in: „Weg frei für fundierte Politik“, Peter, 7/05, [www.wadinet.de/news/dokus/32\\_fuer-fundierte-Politik.pdf](http://www.wadinet.de/news/dokus/32_fuer-fundierte-Politik.pdf)

## Anlage B

Textauszug: F.A.Z.-Artikel, 20.1.06

### ***„Wofür sollten sie sonst da sein?“***

20. Januar 2006 Angesichts der wachsenden terroristischen Bedrohung setzt Frankreich stärker denn je auf die abschreckende Wirkung seines Nuklearwaffenarsenals. Das hob Präsident Chirac am Donnerstag bei einem Besuch des Marinestützpunktes Ile Longue bei Brest in der Bretagne hervor. Deutsche Politiker kritisierten die Ausführungen Chiracs, die Bundesregierung hielt sich mit einer Stellungnahme vorerst zurück.

( ... )

### **Ablehnung und Verständnis aus Deutschland**

Deutsche Politiker bezweifelten am Donnerstag, daß die Äußerung des französischen Präsidenten für die Verhandlungen über das iranische Atomprogramm hilfreich seien. Der FDP-Vorsitzende Guido Westerwelle forderte Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) auf, Chirac „zur Zurückhaltung zu ermuntern“. Grünen-Fraktionsvize Jürgen Trittin sagte: „Chirac scheint einer gefährlichen Verwechslung zu unterliegen, wenn er den Kampf gegen den internationalen Terrorismus mit nuklearer Abschreckung führen will.“ Terroristen könnten nicht nuklear abgeschreckt werden. Auch Trittin forderte die Bundesregierung auf, klar Position zu beziehen. Auch SPD-Fraktionsvize Walter Kolbow lehnte den Einsatz von Atomwaffen als Reaktion auf terroristische Angriffe ausdrücklich ab.

Als erster führender deutscher Politiker hat der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses, Ruprecht Polenz, Verständnis für die Drohung Chiracs geäußert. Chirac habe Staaten abschrecken wollen, die überlegen könnten, Frankreich oder einen seiner Verbündeten anzugreifen, sagte der CDU-Politiker am Freitag im ZDF. „Ich finde daran nichts ganz Ungewöhnliches“, sagte R. Polenz. Chirac habe mit seiner Rede am Vortag deutlich gemacht, daß sein Land eine defensive atomare Strategie verfolge. Anders könne Chirac die Existenz französischer Atomwaffen auch nicht erklären, ergänzte Polenz im WDR. „Wofür sollten sie sonst da sein, wenn nicht für diesen Abschreckungszweck?“

## 4. Konzeptionelles Versagen rotgrüner Außenpolitik!

Kommentar zum F.A.Z.-Leitartikel „*Außenpolitische Berichtigungen*“  
v. Günther Nonnenmacher, 25.10.05, Nr. 248 / S. 1

*Fritz W. Peter, 25.10.05*

Sehr geehrter Herr Nonnenmacher,

gemessen am Grad des außenpolitischen Versagens der abgewählten rotgrünen Regierung haben Sie in Ihren Formulierungen „Gnade vor Recht“ ergehen lassen. Ihre Formulierungen sind diplomatisch gewählt, dennoch ist die Aussage für den, der hören will, deutlich. Ob freilich eine unkritisch urteilende Öffentlichkeit, die der Außenpolitik Schröders gute Noten gibt, durch Ihre Worte erreicht wird, sei dahingestellt. Die Autoren u. Aktivisten der rotgrünen Außenpolitik wird man ohnehin nie erreichen, müsste sie aber eigentlich viel kantiger mit der Tatsache der Schädigung und der verspielten Chancen deutscher Außenpolitik konfrontieren.

Ich habe dazu einige Anläufe genommen, bin aber selbst auch um „abgewogene“ Formulierungen bemüht gewesen und muss mich daher derselben „Stilkritik“ stellen. In meinem Beitrag „Ende der Flegeljahre der deutschen Politik“ (Okt. 2005) fasse ich wie folgt zusammen:

*Deutlich wird, dass Rotgrün dem eigenen Anspruch, eine „emanzipatorische“ Außenpolitik zu betreiben, vor allem selbst im Weg stand. Chancen für die deutsche Politik wurden durch irrealer konzeptionelle Ansätze vertan. Die Möglichkeiten, von deutscher Seite gestaltenden Einfluss in der internationalen Politik zu nehmen, waren am Ende der 7-jährigen Regierungszeit deutlich geringer als bei Beginn der Amtszeit.* (s. Anmerk. 12, S. 14)

Diese Bewertung wird in dem Beitrag auch einleitend formuliert (siehe Seite 3), [www.wadinet.de/news/dokus/Ende-der-Flegeljahre.pdf](http://www.wadinet.de/news/dokus/Ende-der-Flegeljahre.pdf).

*b.w.*

Zum Irak-Thema schlieÙe ich mit folgender Formulierung:

*Man kann auch hinnehmen, dass diejenigen bei uns, die gegen den Einmarsch waren, sich weiter am Gedanken wärmen, Recht gehabt zu haben, wenn nur jene, die kein Recht kannten, nämlich die Irakis, solches nun **auch** bekommen – dank des Einmarsches!* (s. Anmerk. 14, S. 15/16)

Zur Frage, wer der Anstifter des transatlantischen Bruchs beim Irak-Konflikt war, möchte ich hier Anmerk. 10, S. 13, „Ende der Flegeljahre der deutschen Politik“, wiedergeben:

*„Schröders Ziel in der Außenpolitik: ein deutscher Sonderweg! Eine zentrale Frage hierzu warf Herbert Kremp in *Welt am Sonntag* auf. Sein Beitrag (v. 27. 4.03) war zutreffend betitelt: „Auf dem Abstellgleis. Das Scheitern der deutschen Außenpolitik ist eine Folge mangelnder Voraussicht und verwegener Selbstüberschätzung – Der Vierergipfel nächsten Dienstag in Brüssel gleicht einem Irrweg Schröders und Fischers ins politische Niemandsland“ (der angesprochene Vierergipfel erhielt in der öffentlichen Kommentierung sogleich die Bezeichnung „Pralinengipfel“ und erntete süffisante Kritik). Kremps Frage betrifft die Meinungsbildung im Vorfeld der Irak-Auseinandersetzungen. Zum Kurs Frankreichs schreibt Kremp: „...allein hätte Chirac den ‚Waldgang‘ nicht gewagt. Die wahren Antreiber der seitenverkehrten Achsen-Politik waren die Deutschen.“ Für die zeitgeschichtliche Bewertung hat die Frage der Kausalität denkbar große Bedeutung. In moralischer Pose präsentierten sich damals Berlin und Paris. Es bleibt dahingestellt, wer den anderen mehr oder eher zur Frontstellung gegen Washington animierte. Gegen eine moralisch ambitionierte Politik wird grundsätzlich nichts einzuwenden sein, doch was qualifiziert einzelne europäische Regierungen (wie Rotgrün in Berlin), als Instanzen der politischen Moral und der Vertrauenswürdigkeit aufzutreten? Wie ist die Wirklichkeit der Außenbilanz ihrer Politik der vergangenen Jahre? (s. u.a. Schröders Russland- u. China-Politik)“*

Mit freundlichen Grüßen,

Ihr (Fritz Peter)

## Anlage C

Leitartikel: F.A.Z., 25.10.05, Nr. 248 / S. 1

### **Außenpolitische Berichtigungen**

*v. Günther Nonnenmacher*

24. Oktober 2005: Das Publikum mag erstaunt gewesen sein, wie schnell die zur großen Koalition verurteilten Volksparteien noch im Nachhallen des Wahlkampfgetöses eine Liste ihrer Gemeinsamkeiten zusammenstellten. Darauf stand ganz weit oben die Außenpolitik. Das hat Tradition: Trotz lautem inneren Streit gehört es in Demokratien zum Comment, daß ein Land seine Außenbeziehungen tunlichst im Einvernehmen der wichtigen politischen Kräfte gestaltet. In Amerika heißt das „bipartisanship“, der Republikaner und Demokraten übergreifende Konsens bei wichtigen außenpolitischen Entscheidungen; selbst in der „Kohabitation“ eines französischen Staatspräsidenten mit einer oppositionellen Regierung gilt die Maxime, daß Frankreich in der Welt mit einer Stimme spreche.

Es wirken aber auch die Umstände auf Gemeinsamkeiten hin. Deutschland ist Mitglied eines Bündnisses, der Nato, und Teil eines Staatenverbundes, der Europäischen Union. Das sind Leitplanken, innerhalb deren sich das außenpolitische Handeln bewegt: vertragliche Pflichten oder Verpflichtungen zu Beratung und Abstimmung, die aus wohlverstandenen Eigeninteresse eingehalten werden. Denn eine Mittelmacht wie Deutschland kann die Welt nicht nach ihren Vorstellungen oder Wünschen gestalten; sie ist auf Partner angewiesen, um auf wechselnde internationale Lagen angemessen reagieren zu können. Da sind sich die Verständigen in den Parteien und ihre – leider immer weniger werdenden – Fachleute für Außenpolitik (wozu auch Sicherheits- und Verteidigungsfragen gehören) öfter einig, als dies die Wähler merken.

Dennoch gibt es gute Gründe dafür, das Thema Außenpolitik in den Koalitionsverhandlungen nicht einfach durchzuwinken. Außenpolitische Prinzipien und

Maßstäbe für Deutschland müssen nicht neu erfunden werden. Aber es geht auch nicht nur um Fragen des Stils, die sich mit dem Abschied von Personen aus Regierungsämtern erledigen. Es geht vielmehr darum, den Zusammenhang zwischen anerkannten Prinzipien wiederherzustellen und eine **Schlagseite zu beheben, welche die Berliner Außenpolitik unter der rot-grünen Koalition bekommen hat.** Das betrifft vordringlich das deutsch-amerikanische Verhältnis, zu dem als gleichrangiges Pendant das deutsch-französische gehört, und damit verknüpft Deutschlands Rolle in der EU.

Die bis heute andauernde Unterkühlung zwischen Washington und Berlin ist mit dem Stichwort Irak verbunden. In der Sache kann man die Entscheidung der Bundesregierung, sich von der amerikanisch-britischen Intervention zu distanzieren, für richtig halten. Aber diese Opposition im Wahlkampf 2002 auf einem Marktplatz in Goslar kundzutun, aus einem verbreiteten Anti-Bush-Ressentiment ein Leitmotiv deutscher Außenpolitik zu machen und sich dann führend an einem von Frankreich inszenierten antiamerikanischen Showdown im UN-Sicherheitsrat zu beteiligen war nicht nur eine Stilfrage: Das erschütterte die Substanz einer Beziehung, die für Deutschlands Sicherheit grundlegend war und dies auch unter gewandelten weltpolitischen Umständen bleiben wird.

**Die Beschädigung des deutsch-amerikanischen Verhältnisses hat die Partnerschaft mit Frankreich in eine Art Zwangsgemeinschaft verwandelt, die für beide Seiten auf längere Sicht unzutraglich ist. Deutschland,** das nicht – wie die Pariser Diplomatie – geübt darin ist, seine Positionen in der Welt in stolzer Einsamkeit zu verfechten, dafür aus historischen wie geopolitischen Gründen auch keine Eignung hat, **ist ins Schlepptau der französischen Außenpolitik geraten. Das ist auch für Frankreich nicht gut. Denn es war letztlich zum Vorteil aller Beteiligten, daß Deutschland die Funktion einer „Brücke über den Atlantik“ hatte und die Rolle des ehrlichen Maklers zwischen divergierenden Interessen spielen konnte. In diesem Dreieck wieder eine Balance herzustellen ist die wichtigste Aufgabe der neuen Regierung.**

Der deutsch-französische Husarenritt gegen den Irak-Krieg hat außerdem **Europa gespalten** und dem Versuch der EU, in Fragen der Außen-, der Sicherheits- und der Verteidigungspolitik mehr Gemeinsamkeit zu entwickeln, **nachhaltig geschadet**. Da ging und geht es nicht nur um das Verhältnis zu Amerika; es steht seither der Verdacht im Raum, Paris und Berlin wollten als „Direktorium“ ganz Europa die Richtung vorgeben. **Diese Spaltung war ein Katalysator für das Aufbrechen anderer Spannungen in der EU.** Das betrifft vor allem die Wirtschafts- und Sozialpolitik, doch letztlich geht es um die künftige Form der gesamten Zusammenarbeit in Europa.

Auch da wäre Deutschland aufgrund seiner Mittellage, seiner Wirtschaftskraft und wegen seiner treibenden Rolle bei der europäischen Integration zur Vermittlung und Gestaltung aufgerufen. Doch die deutsche Politik hat es in den vergangenen Jahren versäumt, das Verhältnis zu den kleineren und mittleren EU-Partnern zu pflegen (in Richtung Osten hat die Sonderbeziehung mit Putins Rußland sogar neues Unbehagen geweckt); die deutsche Wirtschaft lahmt, und Ideen aus Berlin zur Fortentwicklung der EU hat man seit der Jahre zurückliegenden Humboldt-Rede des „Privatmannes“ Fischer, der das Interesse an seinem Amt in letzter Zeit offenbar ohnehin verloren hatte, nicht mehr gehört.

**Die Liste notwendiger Korrekturen ließe sich verlängern. Die exponierte Position in der Frage des türkischen EU-Beitritts gehört darauf, das überdrehte und schlecht lancierte Streben nach einem ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat gleichfalls.** Der künftige Außenminister wird vermutlich aus dem Kanzleramt kommen. Das heißt nicht automatisch, daß er Schröders und Fischers Nachlaßverwalter sein wird. Aber die Regierungschefin sollte über den vordringlichen inneren Reformen nicht ihre außenpolitische Gestaltungsmacht vernachlässigen, die sich schon aus einem immer dichter werdenden internationalen Programm ergibt.

---

[s. nachfolgende Titelhinweise]

**Vorliegender Text:**

[www.wadinet.de/news/dokus/128\\_End-einer-nur-rhetorischen-Aussenpol.pdf](http://www.wadinet.de/news/dokus/128_End-einer-nur-rhetorischen-Aussenpol.pdf)

**Weitere themenbezogene Beiträge**

(eigene Texte der letzten Zeit)

*Der Iran. Mit Kalkül vor die Wand?*, 2/06

[www.wadinet.de/news/dokus/124\\_Mit-Kalkuel-vor-die-Wand--Teheran.pdf](http://www.wadinet.de/news/dokus/124_Mit-Kalkuel-vor-die-Wand--Teheran.pdf)

*EU und Hamas mit der Chance zum Lernen*, 2/06

[www.wadinet.de/news/dokus/125\\_Politische-Lern-Chance-fuer-Hamas.pdf](http://www.wadinet.de/news/dokus/125_Politische-Lern-Chance-fuer-Hamas.pdf)

*EU mit außenpolitischer Neuorientierung? Hamas als Testfall*, 2/06

[www.wadinet.de/news/dokus/126\\_Antwort-auf-polit-Islamismus.pdf](http://www.wadinet.de/news/dokus/126_Antwort-auf-polit-Islamismus.pdf)

*Iran-Sanktionen. Nur eine virtuelle Realität?*, 2/06

[www.wadinet.de/news/dokus/127\\_Sanktionen-nicht-nur-virtuelle-Realitaet.pdf](http://www.wadinet.de/news/dokus/127_Sanktionen-nicht-nur-virtuelle-Realitaet.pdf)

*Diffamierender Journalismus – bewusst oder fahrlässig?*, 2/06

[www.wadinet.de/news/dokus/129\\_Diffamierender-Journalismus--Bsp-WZ.pdf](http://www.wadinet.de/news/dokus/129_Diffamierender-Journalismus--Bsp-WZ.pdf)

*Toleranz und Rationalität – erkämpft und bekämpft*, 2/06

[www.wadinet.de/news/dokus/121\\_Begriff-von-Toleranz-und-Rationalitaet.pdf](http://www.wadinet.de/news/dokus/121_Begriff-von-Toleranz-und-Rationalitaet.pdf)

*Lass Gras wachsen über Grass-Zitat. Sottisen im Karikaturen-Streit*, 2/06

[www.wadinet.de/news/dokus/122\\_Lass-Gras-wachsen-ueber-Grass-Zitat.pdf](http://www.wadinet.de/news/dokus/122_Lass-Gras-wachsen-ueber-Grass-Zitat.pdf)

*Politischer Dialog – Inhalt oder Floskel?*, 2/06

[www.wadinet.de/news/dokus/123\\_Politischer-Dialog--Inhalt-oder-Floskel.pdf](http://www.wadinet.de/news/dokus/123_Politischer-Dialog--Inhalt-oder-Floskel.pdf)

*Wohin treibt Russland unter Putin?*, 2/06

[www.wadinet.de/news/dokus/131\\_Putins-Absichten--Merkels-Antworten.pdf](http://www.wadinet.de/news/dokus/131_Putins-Absichten--Merkels-Antworten.pdf)

*Ende der Flegeljahre in der deutschen Politik*, 10/05

[www.wadinet.de/news/dokus/Ende-der-Flegeljahre.pdf](http://www.wadinet.de/news/dokus/Ende-der-Flegeljahre.pdf)

*Gerechte und zukunftsgerechte UN-Sitzverteilung*, 12/04

[www.wadinet.de/news/dokus/Reform\\_UN-Sicherheitsrat.pdf](http://www.wadinet.de/news/dokus/Reform_UN-Sicherheitsrat.pdf)

*Schröder, Chirac: Re-Nationalisierung der Politik*, 10/04

[www.wadinet.de/news/dokus/Das\\_Alte\\_Europa.pdf](http://www.wadinet.de/news/dokus/Das_Alte_Europa.pdf)

*Die Irak-Erfahrung – Lehrstunde für Völkerrechtler?*,

Teil 1, 4/04: [www.wadinet.de/news/dokus/Voelkerrechtsfrage\\_Irak\\_Teil-1.pdf](http://www.wadinet.de/news/dokus/Voelkerrechtsfrage_Irak_Teil-1.pdf)

Teil 2, 8/04: [www.wadinet.de/news/dokus/Voelkerrechtsfrage\\_Irak\\_Teil-2.pdf](http://www.wadinet.de/news/dokus/Voelkerrechtsfrage_Irak_Teil-2.pdf)

*Völkerrechtsthema Irak – Thema mit Substanz?*, 10/05

[www.wadinet.de/news/dokus/Irak-und-das-Voelkerrecht.pdf](http://www.wadinet.de/news/dokus/Irak-und-das-Voelkerrecht.pdf)

*Die Wahlen im Irak (übers. Text v. Nasir Hassan, Bagdad)*, 2/05

[www.wadinet.de/news/dokus/Die\\_Wahlen\\_im\\_Irak.pdf](http://www.wadinet.de/news/dokus/Die_Wahlen_im_Irak.pdf)